

HEIMBACH-STEINS, Marianne / WIELANDT, Rotraud / ZINTL, Reinhard (Hgg.): *Religiöse Identität(en) und gemeinsame Religionsfreiheit. Eine Herausforderung pluraler Gesellschaften, Judentum – Christentum – Islam*. Bamberger interreligiöse Studien 3., Würzburg 2006, 165 S., ISBN 978-3899135312.

Die Förderung der Interreligiösen Forschung in Bezug auf die drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam ist das Ziel der Reihe, in

der dieser Band erschienen ist. Der vorliegende Band dokumentiert die Beiträge der Eröffnungstagung des Zentrums für Interreligiöse Studien (ZIS) an der Universität Bamberg mit dem Titel „Religiöse Identität(en) und gemeinsame Religionsfreiheit. Eine Herausforderung pluraler Gesellschaften“ als auch die eines etwas früher durchgeführten Symposions zum Thema „Homo politicus. Der Mensch als Staatsbürger“.

Die Religionsfreiheit „als Schlüsselfrage gesellschaftlicher Ordnung, die der Pluralität der Überzeugungen vom guten Leben Rechnung trägt und Raum gibt“ (13) ist der zentrale Horizont, dem sich die Beiträge des Bandes aus unterschiedlichen Disziplinen, der Religionssoziologie, der Politik, des Rechts, der theologischen Ethik sowie der Religionswissenschaft nicht nur zuordnen, sondern auch verpflichtet fühlen.

Marianne Heimbach-Steins eröffnet in ihrem grundlegenden Einleitungsartikel den Gesamthorizont, in dem sie ausgehend vom Säkularisierungsbegriff die tektonischen Verschiebungen im Verhältnis von Religion und Öffentlichkeit beleuchtet, um dann unter dem Schlüsselbegriff der Religionsfreiheit die mit diesem Begriff einhergehenden zentralen Herausforderungen für den Staat als auch für die Religionsgemeinschaften darlegt. Die staatliche Selbstbegrenzung liegt in seiner Verpflichtung auf weltanschauliche Neutralität, die positiv verstanden „möglichst günstige Rahmenbedingungen für die Ermöglichung und Führung weltanschaulicher und religiöser Diskurse in öffentlich relevanten Angelegenheiten [...] schafft“. (14) Für die Religionsgemeinschaften besteht die Herausforderung oder auch Zumutung darin, dass sie die Spielregeln des säkularen Staates akzeptieren und sich konstruktiv zur Pluralität auch der Pluralität religiöser Überzeugungen verhalten müssen. Diese Herausforderung besteht nicht nur im Verhältnis Staat – Religionsgemeinschaften, sondern auch auf der Ebene der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft, die sich in zwei Rollen, der des/der BürgerIn und der/des BekennerIn wieder finden und diese miteinander vereinbaren müssen.

Aus dieser doppelten Perspektive ergibt sich der Aufbau des Bandes: Teil eins thematisiert das Verhältnis zwischen Staat, seinen Organen und den gesellschaftlichen Akteuren, hier insbesondere den Kirchen und Religionsgemeinschaften, während Teil zwei die Perspektive des einzelnen Mitglieds in der Spannung zwischen Bürger und Bekenner aufgreift.

Wolfgang Thierse, mit einem Beitrag zum Thema „Pluralität der Religionen. Herausforderung für Staat und Gesellschaft“, eröffnet den ersten Teil. In seiner Wahrnehmung des für moderne säkulare Gesellschaften charakteristischen vielschichtigen Verhältnisses von Religion, Politik und Kultur betont er gegen die Privatisierungsthese die notwenig öffentliche Dimension von Religion und den notwendigen interreligiösen Dialog, auch wenn es „für den Wahrheitsanspruch einer Religion [...] ein Stachel [bleibt], der religiösen Überzeugung des Anderen dieselbe Dignität zuzumessen, wie der eigenen“ (29). Gretchenfrage für den Islam ist und bleibt dabei seine Demokratiefähigkeit. Als Kernkompetenz für das Zusammenleben der Kulturen und Religionen formuliert Thierse eine „interkulturelle Kompetenz“, die mit einer differenzierten Aufklärung und Wissen über

den jeweils anderen einhergeht. So hat vor allem der Bildungsbereich die Aufgabe der Vermittlung dieser Kernkompetenz, was weit reichende Konsequenzen auch die Lehrmaterialien mit sich bringt. Stefan Huster erörtert in seinem Beitrag die Frage, inwieweit Weltanschauungskonflikte mit den Mitteln des Verfassungsstaates ausgetragen werden können und betont dabei, dass der Staat für einen Rahmen zu sorgen hat, dass alle an der Gesellschaft teilnehmen können, dies gehe aber nicht mit einer tatsächlichen Gleichheit aller einher. Niemand könne für sich das Recht beanspruchen, dass die politische Ordnung auf die besondere Berücksichtigung seiner Bedürfnisse und Weltanschauung eingerichtet werde, aber alle hätten das Recht, ihre Bedürfnisse im Rahmen der politischen Verfahren zur Geltung zu bringen. Ausgehend von einem normativen Konzept religiös-weltanschaulicher Neutralität des Staates, verstanden als respektvolle Nicht-Identifikation, erörtert Heiner Bielfeld die Frage, wie die Säkularität des Staates zu verstehen ist und welche Konsequenzen dies für die Akzeptanz der Prinzipien des säkularen Rechtsstaates von unterschiedlichen religiösen Standpunkten hat. In der Untersuchung muslimischer Haltungen gegenüber dem Rechtsstaat unterscheidet er zwischen Distanzierung, pragmatischer Akzeptanz und theologischer Würdigung. Dabei scheint die Haltung der pragmatischen Akzeptanz am verbreitetsten zu sein. Bei allen Vorbehalten ist für Bielefeld entscheidend, dass die volle Gewährleistung der Religionsfreiheit nicht unter einen ungeschriebenen „Kulturvorbehalt“ gestellt werden darf. Aus muslimischer Perspektive betont der Beitrag von Duran Terzi die Notwendigkeit zu differenzierter Wahrnehmung und zeigt auch tief verwurzelte wechselseitige Ängste auf, die nur durch den Dialog bewältigt werden können. Reza Hajatpur beleuchtet aus theologisch-philosophischer Perspektive den religiösen Pluralismus des schiitischen Islam.

Der zweite Teil wird mit einem Beitrag von Christa Schnabl eröffnet, die mit Rekurs auf das Diktum von Hannah Arendt, dass das vorgängige Menschenrecht das Recht sei, Rechte zu haben, eindruckliche politische-philosophische Überlegungen zur grundlegenden Möglichkeitsbedingung der Partizipation aller vornimmt. Erstes Recht ist das Recht auf Staatsbürgerschaft, denn: „Der Verlust des Rechts auf Rechte bewirkt doch eine eigenartige Weltlosigkeit, die sowohl für die Betroffenen selbst, als auch für die Zivilisation als Ganze eine Gefahr darstellt.“ (103) Daran anschliessend beleuchtet Karl-Wilhelm Merks in historisch-systematischer Perspektive das Verhältnis von Christen zum Staat bzw. die Rolle des Christen als Staatsbürger. Dazu legt er das Konzept einer christlich-politischen Ethik vor, die sich nicht als religiöses Sonderethos versteht, sondern einer autonomen Moral verpflichtet säkular kommuniziert und Religion einen explizit öffentlichen Platz in der Gesellschaft einräumt. Der Erarbeitung einer solchen Verhältnisbestimmung kommt dabei immer auch ein Moment der Inkulturation der Religion zu, insofern sich ein christliches Verhältnis des Politischen und die sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten der Subjekte immer kontextuell zur herrschenden Gesellschaftsform entwickeln. Ein Beispiel für eine Funktionalisierung von Religion bei gleichzeitigem Verlust ihrer konstitu-

tiven Rolle im modernen Staat legt Cevat Kara mit seiner Fallstudie zur Verbindung von staatsbürgerlicher und moralischer Erziehung in der Jungtürkenzeit 1908–1914 vor. Religion – so legt es die Studie nahe – wird im Rahmen der politischen Tugendlehre lediglich zur Begründung des Anspruchs eines modernen Erziehungskonzepts in einem traditionellen Gesellschaftsraum benötigt. Den Abschluss des Bandes bildet der Beitrag von Regina Ammicht-Quinn, die der Frage nachgeht, wie im ihrer Meinung nach fragilen „christlichen Abendland“ unter den Bedingungen von religiösen und weltanschaulichen Pluralitäten dialogfähige Identitäten ausgebildet werden können. Dazu plädiert sie für die Ausbildung von Identitäten, die nicht an Privilegien oder normierende Einflüsse gebunden sind, sondern als geistig-geistliche Identitäten den Raum des sensiblen „Zwischen“ pflegen können, aus dem heraus Dialog entstehen kann. Das stellt an die Religionen die Herausforderung, das eigene Selbstverständnis in einer konstruktiven Ausgestaltung der Spannung von Wahrheit und Freiheit zu entwickeln, so dass die Identität von Glaube und Überzeugung zu Gunsten der Möglichkeit eines friedlichen und heilvollen Miteinanders entfaltet werden kann.

Der Band beleuchtet das Thema der religiösen Identität(en) auf der Basis der Religionsfreiheit aus vielfältigen Perspektiven, dabei hebt er sich durch die fast durchgängige Fundiertheit und Fachkompetenz der Beiträge von anderen Veröffentlichungen ab. Insbesondere die Beiträge von Heiner Bielefeld und Karl-Wilhelm Merks eröffnen dabei noch einmal deutlich neue Perspektiven zu ihren jeweiligen Schwerpunkten. Dass zudem der Perspektive des Individuums in der Spannung zwischen Bürger und Bekenner besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, ist ein weiteres Verdienst dieser Veröffentlichung. Überrascht hat, dass der Theoriediskurs über die Frage, ob und wie religiöse Überzeugungen in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden können, nur am Rande im einleitenden Artikel von Marianne Heimbach-Steins gestreift wird. Zu diesem Thema hätte man sich gut einen weiteren Beitrag vorstellen können. Alle an grundlegenden Fragen des Interreligiösen Dialogs Interessierten finden in diesem Band zentrale Fragestellungen dieses Themenfeldes in gebündelter Form.

JUDITH KÖNEMANN